

Theoretische und praktische Ansatzpunkte für einen geschlechtsbewussten Umgang mit Rechtsextremismus in Schule und der Jugendarbeit

Elverich, Gabi; Köttig, Michaela

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Elverich, G., & Köttig, M. (2007). Theoretische und praktische Ansatzpunkte für einen geschlechtsbewussten Umgang mit Rechtsextremismus in Schule und der Jugendarbeit. In *Mädchen und Frauen im Spannungsfeld von Demokratie und rechten Ideologien* (S. 10-25). Berlin: BAG Mädchenpolitik e.V. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-39315>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Basic Digital Peer Publishing-Lizenz zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den DiPP-Lizenzen finden Sie hier:
<http://www.dipp.nrw.de/lizenzen/dppl/service/dppl/>

Terms of use:

This document is made available under a Basic Digital Peer Publishing Licence. For more information see:
<http://www.dipp.nrw.de/lizenzen/dppl/service/dppl/>

Gabi Elverich und Dr. Michaela Köttig
Theoretische und praktische Ansatzpunkte
für einen geschlechtsbewussten Umgang
mit Rechtsextremismus in Schule und der
Jugendarbeit

Einleitung

Rechtsextremismus wurde und wird in der Öffentlichkeit häufig als Jugendphänomen diskutiert und aus dieser Perspektive ist Schule und Sozialarbeit mit der Aufforderung konfrontiert, für die Problemlösung verantwortlich zu sein. Rechtsextremismus entsteht und wirkt jedoch aus der Mitte der Gesellschaft, so dass sich auch alle gesellschaftlichen Institutionen und jede einzelne Person in ihrem beruflichen und privaten Umfeld als »zuständig« begreifen sollten und dies nicht auf bestimmte Professionen delegiert werden kann. Dennoch stellt jugendlicher Rechtsextremismus für Schule und Sozialarbeit eine besondere Herausforderung dar, da Adoleszente dazu neigen, gesellschaftliche Grundstimmungen zugespitzt, d.h. z. B. besonders provokant und aggressiv auszuarbeiten. Schule und Sozialarbeit haben sehr unterschiedliche Aufgaben und gesellschaftliche Funktionen und nehmen in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus verschiedene Rollen ein. Zu Beginn wollen wir deshalb die Frage klären, was die jeweilige Besonderheiten von Schule und Sozialarbeit sind.

Gesellschaftliche Funktionen von Schule

Die Institution Schule bewegt sich im Umgang mit Rechtsextremismus in einem Spannungsfeld: Sie ist im Sinne ihres gesetzlich verankerten politischen Bildungsauftrages für die Vermittlung von Menschen- und Grundrechten zuständig. Im Unterschied zu einigen anderen Bundesländern ist der politische Bildungsauftrag im sächsischen Schulgesetz sehr unkonkret formuliert: Auf der Grundlage des Grundgesetzes und der Landesverfassung sollen Werte wie »politisches Verantwortungsbewusstsein« und »Gerechtigkeit« vermittelt werden. Darüber hinaus wird mit dem grundlegenden »Recht auf eine Bildung zur Entfaltung der Persönlichkeit in Gemeinschaft« »ohne Rücksicht auf Herkunft und soziale Lage« vor allem die Integrationsfunktion von Schule betont.

Schule ist die einzige gesellschaftliche Institution, die von allen Kindern und Jugendlichen für einen längeren Zeitraum durchlaufen wird. Wie alle gesellschaftlichen Einrichtungen ist sie nach dem in Art. 3 GG verankerten Gleichheitsgebot verpflichtet, sich entschlossen gegen jegliche Form von Diskriminierung zu wenden.

Demgegenüber steht die übergeordnete gesellschaftliche Funktion von Schule, innerhalb des dreigliedrigen Schulsystems nach Leistung zu selektieren, um junge Menschen entsprechend ihrer Fähigkeiten für den Arbeitsmarkt zu qualifizieren. Die zentrale Aufgabe der Lehrkräfte im Schulalltag besteht also darin, für den maximalen Lernerfolg ihrer Schüler und Schülerinnen zu sorgen.

Gesellschaftliche Funktionen von Sozialarbeit

Sozialarbeit hat ebenfalls den politischen Auftrag, rechtsextreme Tendenzen zu reduzieren. Hier geht es insbesondere um die sichtbaren, aggressiven Auswüchse rechtsextremer Aktivitäten. Sozialarbeit soll hier sicherstellen – um das mal provokant auszudrücken – dass die vor allem von Jugendlichen sichtbaren Äußerungsformen, »unsichtbar« werden und dadurch kommt Sozialarbeit häufig in die Funktion »Feuerwehr« zu spielen. Auf der anderen Seite geht es um die »Resozialisierung« von Jugendlichen, d. h. ihnen Hilfe anzubieten, die es ihnen ermöglicht, »mündige Erwachsene« zu werden. Hieraus entsteht für Sozialpädagoginnen und -pädagogen ein Dilemma von Distanz zu den politischen Äußerungsformen und Nähe aufgrund des Vertrauensverhältnisses, das der Auftrag, sie bei ihrem Weg ins Erwachsenenleben zu unterstützen beinhaltet. Darüber hinaus hat Sozialarbeit, insbesondere im Bereich der außerschulischen Jugendbildung, ebenfalls einen politischen Bildungsauftrag. Ein zentraler Unterschied zur Schule besteht in einer größeren Offenheit in der Themenwahl sowie in der freiwilligen Teilnahme und dem häufig intensiveren persönlichen Kontakt.

Bestandsaufnahme: Frauen in der rechten Szene

Bevor wir nun Ansatzpunkte für einen geschlechtsbewussten Umgang mit rechtsextremen Tendenzen in Schule und Sozialarbeit vorstellen, ist die Frage zu beantworten, wie rechte Mädchen in Schule und Jugendarbeit derzeit in Erscheinung treten. Hier sind kaum Unterschiede zwischen Schule und Sozialarbeit festzustellen.

Da oftmals ignoriert wird, dass Mädchen und Frauen innerhalb des rechten Spektrums die unterschiedlichsten Funktionen auch einnehmen, möchten wir zunächst hervorheben, was auch andere Forscherinnen bereits benannt.

Es kann nicht von einheitlichen Mädchen- und Frauenrollen innerhalb der rechtsextremen Szene gesprochen werden, d.h. auch Mädchen und Frauen in der rechten Szene decken ein großes Spektrum an Orientierungs- und Handlungsmustern ab und bringen diese Orientierungen auch in den politischen Diskurs ein. Das bedeutet für uns, dass es unmöglich ist, davon auszugehen, dass es sich in der extremen Rechten um Frauen mit traditionellen Rollenvorstellungen handelt. Für Mädchen und Frauen, die sich dem rechten Spektrum zuwenden, ist mittlerweile eine Vielzahl unterschiedlicher Konzeptionen von Geschlechterrollen denkbar. Damit wird es aber auch schwerer unsere eigenen Abgrenzungen gegenüber bspw. emanzipierten rechten Mädchen und Frauen zu finden.

Die Beobachtung, dass Mädchen seltener an gewalttätigen Übergriffen mit rechtsextremem Hintergrund beteiligt sind bzw. ihre direkte oder indirekte Beteiligung z. B. als Zuschauerinnen und Anfeuernde seltener wahrgenommen wird, bedeutet nicht automatisch, dass sie in der Szene weniger präsent und verankert sind. Mädchen sind häufig nicht nur als »Freundin von...« mehr oder weniger fest in rechtsextrem orientierten Cliquen eingebunden. Sie bringen ihre Zugehörigkeit zur rechten Jugendkultur in vielfältiger Weise zum Ausdruck. In der Verbreitung rechtsextremen Gedankenguts stehen die Mädchen den Jungen nichts nach, im Gegenteil versuchen Mädchen teilweise die »coolen Jungs« durch besonders heftige rechte Sprüche zu beeindrucken und zu übertreffen.

»Typen« rechter Mädchen

Generell kann gesagt werden, dass es den Mädchentyp in der Szene nicht gibt. Es lassen sich mindestens drei Typen unterscheiden: Die eindeutig zugehörigen, die ambivalenten und die unerkannten Mädchen. Die eindeutig zugehörigen sind entweder am typischen Haarkranz (Kopf fast kahlgeschoren mit langem Pony, Koteletten und Nackenhaaren) als Skingirls/Renées zu erkennen und tragen häufig Springerstiefel, Bomberjacken und andere typische Merkmale rechter Skinheads. Oder sie haben keine besondere Frisur, lassen sich aber z. B. durch den rechten »Girlie«-Look einschlägiger Kleidungsmarken und entsprechend offensives Auftreten leicht als rechtsextrem identifizieren. Die ambivalenten Mädchen sind unauffälliger gekleidet und uneindeutig in ihrer Selbstdarstellung. Ihr Auftreten variiert je nachdem, in welchem Umfeld sie sich gerade bewegen. Einerseits demonstrieren sie bei Bedarf ihre Zugehörigkeit zur rechten Szene durch entsprechendes Verhalten und eine dezente, aber eindeutige Verwendung von Symbolen z.B. als Kettenanhänger oder im Handy-Display. Andererseits zeichnen sie sich durch unauffälliges Verhalten aus, wenn es darum geht, die Konfrontation mit dem »Außen« z. B. in der

Schule, im Elternhaus und im Umgang mit politischen »Feinden« zu umgehen. Dieses »sowohl als auch« charakterisiert den ambivalenten Typus. Die Mädchen sind häufig »Grenzgängerinnen«, die zwischen der Szene und anderen Zusammenhängen wechseln und dort jeweils akzeptiert werden. Im Unterschied dazu sind die gänzlich unerkannten Mädchen von ihrem Outfit und Auftreten her nicht als rechte Mädchen zu erkennen. Sie tragen nur partiell szenetypische Kleidung und verhalten sich auch in rechten Zusammenhängen eher defensiv.

Derzeit kann beobachtet werden, dass sich rechte Mädchen insbesondere im schulischen Rahmen weniger deutlich zu erkennen geben und sich mit einschlägigen politischen Äußerungen zunehmend zurückhalten. Dies ist jedoch kein geschlechtsspezifisches Verhalten, sondern entspricht einem übergreifenden Trend zur Verlagerung der Aktivitäten auf den Freizeitbereich und Vermeidung von Sanktionen. Mädchen sind in ihrer rechtsextremen Orientierung keinesfalls »harmloser« als Jungen und agieren außerhalb der Schule oft als feste Größen in der Szene.

Entwicklungsphasen

Für die Entwicklung von Ansatzpunkten zur Auseinandersetzung mit rechtsextremen Tendenzen ist außerdem zu bedenken, dass Jugendliche im Prozess der Annäherung an die rechtsextrem orientierte Szene einen Prozess mit verschiedenen Phasen durchlaufen: Die Hinwendung zur Szene und die zunehmende Verortung im rechtsextremen Spektrum ist mit einem zunehmenden Rückzug aus der sozialen Umwelt verbunden. Deshalb ist es zu unterschiedlichen Zeitpunkten noch möglich, Jugendliche zu erreichen.

Es kann davon ausgegangen werden, dass die Hinwendung zur rechtsextrem orientierten Szene in der Regel mit der Veränderung des äußeren Erscheinungsbildes einher geht, d. h. die Mädchen und jungen Frauen geben ihre Zugehörigkeit zur rechtsextrem orientierten Szene in ihrem sozialen Umfeld zu erkennen. Dazu ist es notwendig zumindest einige der Codes zu kennen, denn die Zugehörigkeit wird gerade von den Mädchen häufig auch durch kleine Merkmale bekundet: seien es Aufstecker oder Anhänger, besondere Markenklamotten o.ä. Nur wenige Mädchen lassen sich bspw. die typische Frisur, den so genannten »Kranz« schneiden. Die Mädchen und Jungen versuchen durch diese Signale zu erkennen zu geben, dass sie sich der rechten Szene zurechnen. In diesem Stadium sind sie oft noch wenig politisiert und es ist hier möglich, durch Aufklärung, Konfrontation und Diskussion möglicherweise noch etwas zu bewegen.

Häufig folgt dann eine Phase, in der die Mädchen und jungen Frauen ihre rechtsextreme Orientierung nicht nur durch ihr äußeres Erscheinungsbild zum Ausdruck bringen, sondern ihre politischen Haltungen in ihrer sozialen Umwelt offensiv vertreten, indem sie – mit unterschiedlicher Intensität – Konfrontationen provozieren. In dieser Phase üben sich die weiblichen Jugendlichen darin, ihre politischen Orientierungen zu präsentieren, gleichzeitig finden Differenzierungs- und Festigungsprozesse ihrer Argumentationsmuster statt. Sie testen in dieser Phase die Wirkung ihrer Haltung im »nicht-rechtsextremen sozialen Umfeld« – und machen in der Regel die Erfahrung, dass sie dort überhaupt nicht als junge Frau wahrgenommen werden, die auf dem Weg ist Rechtsextremistin zu werden. Ganz im Gegenteil wird dies in ihrer Umgebung in der Regel als eine »spinnerte Phase, die bald vorüber ist« abgetan. Dies bestärkt sie darin, sich stärker der rechten Szene zuzuwenden. Die politische Orientierung ernst nehmen und darüber sprechen – und zwar nicht im Sinne eines politischen Schlagabtausches – könnte in dieser Phase noch Erfolg haben.

Es ist dann zu beobachten, dass Provozieren von politischen Diskussionen im sozialen Umfeld außerhalb der rechtsextremen Szene nachlässt, allerdings ist dies nicht gleichbedeutend mit einer Veränderung der politischen Handlungs- und Orientierungsmuster. Vielmehr zeigt sich in diesem Verlauf eher, dass die rechtsextremen Orientierungen bei den Mädchen und jungen Frauen in dieser Phase bereits gefestigter sind. Einige bleiben in dieser Phase im Stil der Szene gekleidet; einige andere kleiden bzw. frisieren sich dezenter. Spätestens hier ist es jedoch kaum noch möglich an die jungen Frauen heranzukommen, da sie von nun an weitgehend an der Sozialisation des rechtsextremen Umfelds orientiert sind – während das »nicht-rechtsextreme Umfeld« davon ausgeht, dass die Phase jetzt vorbei ist, Rechtsextremismus in dieser Phase zu bekämpfen ist also kaum noch möglich – außer mit einem sehr aufwendigen einzelfallbezogenen Vorgehen.

Gegenstrategien und Konzepte

.....

Im Zusammenhang mit der Diskussion von Ansatzpunkten zum Umgang mit Rechtsextremismus stellt sich die Frage, wie dem Problem bisher begegnet wurde. Vorweg ist zu sagen, dass pädagogischen Ansätzen in der gesellschaftlichen Debatte um die Entwicklung von Gegenstrategien eine ambivalente Rolle zugewiesen wird: Pädagogische Arbeit wird gleichermaßen über- und unterschätzt, wird sowohl als »Allheilmittel« und »wirkungslos« wahrgenommen. Wilfried Schubarth verweist auf die Besonderheit pädagogischer

Prozesse: Diese zeichnen sich dadurch aus, dass sie keinem ›technologischen Raster‹ folgen. Sie beruhen vielmehr auf Unsicherheit und Risiko, ihre Wirkungen und Erfolge sind nicht messbar. Er fasst treffend zusammen: »Annahmen oder Versprechungen, rechtsextreme Jugendliche könnten durch pädagogische Interventionen möglichst rasch wieder auf den Pfad der Tugend zurückgeführt werden, müssen demzufolge Schiffbruch erleiden.« Schubarth, Wilfried, *Gewaltprävention in Schule und Jugendhilfe*, Luchterhand-Verlag, (Neuwied 2000)

Vor diesem Hintergrund sind die unterschiedlichen Modelle zum Umgang mit rechtsextrem-orientierten Jugendlichen zu betrachten, die in den letzten 15 Jahren in Sozialarbeit und Schule entwickelt und diskutiert wurden. Wir werden auf die einzelnen Ansätze nicht näher eingehen, sondern sie als Ausgangspunkt für unsere weiteren Überlegungen kurz vorstellen.

Sozialarbeit

Prominent in der Sozialarbeit der sogenannte ›akzeptierende Ansatz‹ und demgegenüber die konfrontierende Herangehensweisen. Beide Herangehensweisen fokussieren bestimmte Schwerpunkte, der ›akzeptierende Ansatz‹ eher persönliche Probleme und konfrontierende Herangehensweisen eher die politischen Aktivitäten der Jugendlichen. Es wird jedoch versäumt, beide Perspektiven zusammenzubringen, also danach zu fragen, welche Entstehungsgeschichte führte dazu, dass diese Jugendliche rechts geworden ist und durch welche Aktivitäten und Orientierungen sich ihr Rechtsextremismus in der gegenwärtigen Situation zeigt.

Schule

Der Schwerpunkt schulischer Ansätze zur Reaktion auf rechtsextreme Tendenzen liegt in der Entwicklung von Ansätzen zur Politischen Bildung und zur Gewaltprävention. Vor allem im Bereich der politisch-historischen und der interkulturellen/antirassistischen Bildung gibt es eine Vielzahl von Konzepten und Projekten, die jedoch unverbunden nebeneinander stehen und in den seltensten Fällen in längerfristige und umfassendere Maßnahmen eingebunden sind. Maßnahmen zur Gewaltprävention setzen teilweise auf verschiedenen Ebenen an und sprechen einzelne Schüler und Schülerinnen, die Klasse und die Schule als Ganzes an. Beim Fokus auf Gewalt geraten jedoch die teilweise rechtsextremen Hintergründe von Gewalttaten aus dem Blickfeld. Darüber hinaus werden so die modernisierten, intellektuellen und alltagskulturellen Erscheinungsformen von Rechtsextremismus ausgeblendet, und damit diejenigen Ausdrucksformen, die stärker von Mädchen und jungen Frauen im rechten Spektrum gewählt werden.

Fallbeispiele

Bevor wir zu weiteren Ansatzpunkten im Umgang mit Rechtsextremismus kommen, wollen wir die besonderen Herausforderungen an pädagogisches Handeln in Schule und Sozialarbeit anhand von Fallbeispielen herausarbeiten.

Fallbeispiel Schule

Das Spannungsfeld widersprüchlicher Anforderungen an Schule zeigt sich aus der Perspektive einer Lehrerin z. B. anhand folgender Situation:

Jenni ist eine Schülerin der 10. Klasse, die im Unterricht häufig so abwesend, desinteressiert und gelangweilt ist, dass ihr Realschulabschluss auf der Kippe steht. Als im Geschichtsunterricht das Thema Nationalsozialismus behandelt wird, meldet sie sich überraschenderweise freiwillig für ein Referat über Konzentrationslager im NS. Sie präsentiert einen detailliert ausgearbeiteten Vortrag, in dem sie das Oranienburger KZ Sachsenhausen exemplarisch vorstellt. Sie beschreibt es als Beispiel für die Straf-, Erziehungs- und Arbeitslager im Nationalsozialismus, in denen es keine Gaskammern gab und wo deshalb auch nicht gemordet wurde.

Die Lehrerin steckt nun in einem Dilemma: Auf der einen Seite freut sie sich über das Engagement von Jenni, die mit ihrem Referat bewiesen hat, dass sie eigenständig Informationen beschaffen, zusammenfassen und gut präsentieren kann. Weil es ihr wichtig ist, Jennis Lernmotivation nicht zu beeinträchtigen, damit sie den Realschulabschluss vielleicht doch noch schafft, ist es der Lehrerin wichtig, Jennis gezeigte Leistung und Anstrengung zu würdigen. Auf der anderen Seite zeigt die inhaltliche Ausrichtung des Referats die Orientierung an einer rechtsextremen, revisionistischen Geschichtsdeutung. Die Aussage, dass es im KZ Sachsenhausen wie in vielen anderen Konzentrationslagern keine Gaskammern gab, ist zwar inhaltlich richtig, die Einbettung der Information ist jedoch problematisch. Zum einen stimmt die Behauptung nicht, dass deshalb in diesen Lagern nicht systematisch gemordet wurde. Zum anderen folgt die Darstellungsweise im Referat der Strategie der extremen Rechten, das Ausmaß der Vernichtung im Nationalsozialismus zu verleugnen bzw. herunterzuspielen.

Im Umgang mit dem Dilemma dieser Situation sind aus der Perspektive der Lehrerin verschiedene Szenarien denkbar:

Um Jennis Motivation nicht zu dämpfen und sie zu ermutigen, sich für die Erreichung des Realschulabschlusses weiter anzustrengen, kann sie über die inhaltliche Ausrichtung des Referates hinwegsehen und die Leistung der Schülerin loben. Diese Reaktionsweise ist naheliegend, zumal sie sich überfordert

fühlt und unsicher ist, wie sie adäquat auf die rechtsextreme Ausrichtung eingehen kann. Die Konsequenz dieses Wegesehens und Duldens kann jedoch sein, dass sich Jenni nicht nur über die ausbleibende Reaktion auf diesen Aspekt ihres Referates wundert, sondern sich u.U. sogar ermutigt und bestätigt fühlt, die vorgetragene Geschichtsdeutung unhinterfragt zu übernehmen. Letzteres könnte dadurch verstärkt werden, wenn die Lehrerin sie explizit für die eigenständige Recherche und detaillierte Darstellungsweise im Referat lobt.

Eine alternative Handlungsmöglichkeit der Lehrerin besteht darin, Jenni für ihre tendenziöse und geschichtsverfälschende Darstellung zu bestrafen und ihr z. B. eine schlechte Note für das Referat zu geben. Insbesondere dann, wenn diese Reaktion nicht ausführlich begründet wird, kann sie dazu führen, dass sich Jennis rechtsextreme Orientierung verstärkt. Wahrscheinlich ist, dass sich das Mädchen aus Trotz oder weil sie sich ungerecht behandelt fühlt, von der Lehrerin abwendet und sich damit auch weiteren Auseinandersetzungen verschließt.

Des Weiteren kann sich die Lehrerin entschließen, auf die rechtsextremen Tendenzen einzugehen, die in Jennis Referat zum Ausdruck kommt. Sie kann es zum Anlass nehmen, im persönlichen Gespräch nachzufragen, wie sie zu ihrer Darstellungsweise gekommen ist, was sie sonst über den Nationalsozialismus denkt und ob sie Kontakte in die rechte Szene hat. Die Möglichkeit, hier als Lehrerin in eine intensive persönliche Auseinandersetzung zu gehen ist nicht nur durch das begrenzte Zeitbudget in der Schule schwierig. Das dafür nötige Vertrauensverhältnis ist von Seiten der Schülerin zwangsläufig davon beeinflusst, dass die Lehrerin auch für die Leistungsbewertung zuständig ist.

Wenn die Lehrerin auf rechtsextreme Orientierungen aufmerksam wird, hat sie immer auch die Möglichkeit, mit anderen Stellen zu kooperieren. Im besten Fall gibt es die Schulsozialarbeit unter dem gleichen Dach, die eine enge Zusammenarbeit ermöglicht. Es geht jedoch nicht darum – wie in der Praxis häufig zu beobachten – die Auseinandersetzung mit »schwierigen« Schülern und Schülerinnen der Schulsozialarbeit zu übertragen. Anzustreben ist eine enge Kooperation und längerfristiger Austausch von Lehrkräften, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern im Sinne einer gemeinsamen Strategieentwicklung. Darüber hinaus ist es wichtig, weitere Instanzen mit einzubeziehen: Die Eltern, die außerschulische Jugendarbeit und – wenn vorhanden – die Mobile Beratung oder andere ExpertInnen für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Letzteres ist wichtig, um Rechtsextremismus nicht auf ein persönliches Problem des Mädchens zu reduzieren, sondern auch die Struktur und Mobilisierungsstrategien der rechten Szene vor Ort in den Blick zu nehmen.

Unabhängig davon, welche Wege im weiteren Umgang mit Jennis rechtsextremen Orientierungen eingeschlagen werden können, ist es aus der Lehrerperspektive wichtig, den Rest der Klasse in die Auseinandersetzung mit einzu beziehen. Hier geht es vor allem darum, diejenigen zu unterstützen und zu stärken, die demokratische Positionen beziehen und zu verhindern, dass sich rechtsextreme Deutungsmuster in der Klasse durchsetzen.

Auch wenn es der ohnehin enge Lehrplan kaum zulässt, kann die Lehrerin das Referat zum Anlass nehmen, mehr Zeit für die Beschäftigung mit rechtsextremen Geschichtsdeutungen und den dahinter liegenden Interessen und Ideologien zu verwenden. So kann sie eine ernsthafte inhaltliche Auseinandersetzung ermöglichen und die Jugendlichen mit alternativen Deutungsmustern konfrontieren. Bei Jugendlichen mit weniger gefestigten politischen Orientierungen können damit Lernprozesse angestoßen werden, die Geschichtsauffassung und die vereinfachenden Problemlösungsstrategien der Extremen Rechten zu hinterfragen und sich mit der Komplexität gesellschaftlicher Entwicklungen und Wechselwirkungen in der Einwanderungsgesellschaft auseinander zu setzen. Diese Aufgabe stellt jedoch für viele Lehrkräfte eine große Herausforderung dar, da der Erwerb der dafür notwendigen Kompetenzen kaum Gegenstand von Lehreraus- und -fortbildung ist.

Fallbeispiel Sozialarbeit

In der Sozialarbeit finden sich ähnliche Dilemmata. Wir möchten auch dies an einem Beispiel festmachen: Im Rahmen eines Workshops mit SozialarbeiterInnen motivierte ich zu Rollenspielen von konkreten Praxiserfahrungen. Eine Sozialarbeiterin wählte eine Szene aus, in der sie mit Mädchen aus Ton oder Fimo Schmuck herstellte. Eine der Mädchen – eine andere Sozialarbeiterin, die die Rolle des Mädchens übernahm – sollte aus dem Material eine SS-Rune formen. Sie ging auf das Mädchen zu und fragte sie, was sie da mache. Als das Mädchen ihr erklärte, sie forme einen Halsschmuck ging die Sozialarbeiterin auf sie ein und überlegte mit ihr, an welcher Stelle sie ein Loch bohren müsse, damit der Anhänger richtig am Hals hänge. Sie verhandelte also mit dem Mädchen über die praktische Ausgestaltung des ›Schmuckstücks‹ ohne darauf einzugehen, dass es sich bei diesem Symbol um ein verfassungsrechtlich verbotenes Zeichen handelt. Die politische Äußerungsform, die mit diesem Symbol verbunden ist, wird also dethematisiert. In der anschließenden Auswertung der Situation bewertete denn auch die Darstellerin des Mädchens die Situation aus ihrer Perspektive als angenehm. Sie fühlte sich angenommen, sie wurde unterstützt, ihr wurde geholfen und es war eine nette Gesprächsatmosphäre. Die Darstellerin, die die Sozialarbeiterin gespielt hat und aus deren Praxis die

Situation stammt, erklärte: sie sei sehr froh, dass sie es geschafft habe, an das Mädchen ›ran‹ zu kommen, einen Kontakt herzustellen, denn das wäre besonders schwierig, da sie nur etwa sechs Monate als ABM in diesem Jugendclub angestellt sei und keine sozialpädagogische Ausbildung habe.

Auch hier entsteht ein Dilemma: SozialarbeiterInnen sind gezwungen in ihrer Arbeit Kontakt zu den Jugendlichen herzustellen, oft genug in prekären Arbeitsverhältnissen, was nicht selten bedeutet, dass sie aus dem ›Bauch‹ heraus entscheiden und für das Feld nicht ausreichend vorbereitet sind. So war es auch der o.g. Sozialarbeiterin nicht bewusst, dass es sich um ein verbotenes Symbol handelt, sondern sie ahnte nur, dass es nicht so ganz ›koscher‹ ist. Der Aufbau der Beziehung zu dem Mädchen war ihr jedoch in der Situation wichtiger. Schauen wir auf die Reaktion des Mädchens: sie fühlte sich bestärkt und angenommen – etwas was wir in der Sozialarbeit auch erreichen wollen – problematisch nur, wenn diese Stärkung über die Unterstützung rechtsextremer Ausdruckformen stattfindet. Die Frage in der Sozialarbeit ist also: wie kann eine vertrauensvolle und tragfähige Beziehung aufgebaut werden, in der rechtsextreme Äußerungsformen nicht akzeptiert werden? Um eine vorläufige Antwort zu geben – und ohne die genauen Umstände zu kennen – wäre es sicher auch möglich gewesen, dem Mädchen in der Situation deutlich zu machen, dass sie dieses Symbol nicht tragen darf, weil es verboten ist und warum es verboten wurde. Vielleicht hätte die Sozialarbeiterin sich dann zusätzlich mit dem Mädchen verabreden können, um ins Gespräch zu kommen. So hätte sie einerseits Grenzen deutlich gemacht, gleichzeitig Möglichkeitsräume geschaffen, ›ohne das Medium SS-Runen-Kette‹ ins Gespräch zu kommen.

Handlungsansätze

Die Fallbeispiele zeigen die Spannungsfelder, in denen sich pädagogisches Handeln in Schule und Sozialarbeit bewegt. Trotzdem bieten beide Felder mit verschiedenen Präventions- und Interventionsansätzen, die wir nun vorstellen möchten, eine Vielzahl von aussichtsreichen Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit Rechtsextremismus.

Prävention

Im Zusammenhang mit Konzepten zur Prävention von Rechtsextremismus kann nicht oft genug betont werden, dass die Präventionsarbeit möglichst früh beginnen sollte. Am Besten ist es, bereits im Kindergarten das demokratische Bewusstsein der Kinder zu trainieren. Darüber hinaus hat insbesondere

die Schule die Aufgabe, zur Entwicklung von Demokratiebewusstsein beizutragen und im Sinne der Menschenrechtsorientierung eine konsequente Antidiskriminierungsperspektive einzunehmen. Dazu gehört auch die Vorbildfunktion und Kompetenz der Lehrkräfte, auf ein demokratisches Miteinander in Schule und Unterricht hinzuwirken und so die Entwicklung einer demokratischen Schulkultur zu begünstigen. Rechtsextremen Vorstellungswelten in Schule und Sozialarbeit entgegenzuwirken heißt deshalb auch, das Bewusstsein für Demokratie zu schärfen und positive Bezugspunkte offensiv zu vertreten. Zielgruppe von Ansätzen zur Prävention sind vor allem nicht-rechte, demokratisch orientierte Jugendliche. Wir sehen es für Schule und Sozialarbeit als sehr wichtig an, Jugendliche und Jugendgruppen zu unterstützen, die bewusst eine politische Gegenposition zu RechtsextremistInnen vertreten und solche, die sich ambivalent gegenüber rechtsextremen Angeboten verhalten, sich aber noch nicht der rechten Szene zurechnen. Das pädagogische Angebot sollte so ausgerichtet sein, politische Gegenpositionen zu stärken, die Jugendlichen dahingehend zu unterstützen, dass sie sich nicht als AußenseiterInnen (im rechten Mainstream) verstehen und sich wieder mehr Raum erobern bzw. zurückerobern.



Politische Bildung

Ein zentraler Bestandteil von Präventionsarbeit ist die Politische Bildung. Politische Aufklärungsarbeit kann auch mit ambivalenten Jugendlichen sinnvoll sein, z.B. in der Auseinandersetzung mit Grund- und Menschenrechten, zur Sensibilisierung für Rassismus und Diskriminierung in der antirassistischen und interkulturellen Bildung sowie in der politisch-historischen Bildung und der Auseinandersetzung mit der Familienvergangenheit. Insbesondere der schulische Rahmen bietet Möglichkeiten zu einer längerfristigen politischen Bildungsarbeit. Die inhaltliche Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus, Rechtsextremismus und Themen der Einwanderungsgesellschaft kann Gegenstand des Politikunterrichts sein. Da die entsprechenden Inhalte jedoch kaum im Curriculum verankert sind und Politikunterricht in der Schule immer weniger Stunden zur Verfügung stehen und er damit an Bedeutung verliert, ist Schule auch im Bereich der politischen Bildung auf die Kooperation mit Trägern der außerschulischen Bildungsarbeit angewiesen – z. B. zur Durchführung von Projektschultagen aber auch zur Fortbildung von Lehrkräften.

Lebenswelt- und Familienbezug

Ein inhaltlicher Schwerpunkt der politischen Bildung in Schule und Sozialarbeit sollte darin liegen, die Jugendlichen für die Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen zu sensibilisieren. Das heißt auch, die Lebenssituation verschiedenster Menschen in ihrer Umgebung kennen zu lernen und die Perspektive dieser Menschen übernehmen zu lernen – d.h. auch solcher Menschen, die ihnen fremd sind wie z. B. Kranke, Alte, Menschen mit anderen kulturellen Hintergründen usw. Das heißt aber auch für die eigene Lebens- und auch Familiengeschichte zu sensibilisieren, d.h. über die Auseinandersetzung mit der eigenen Biographie ein Selbstbewusstsein zu entwickeln, das eine selbstkritische und nicht destruktive Auseinandersetzung mit Erfahrungen ermöglicht. Zur historischen Einbettung des Familienhintergrundes kann z. B. eine ›Spurensuche‹ zur NS-Geschichte angeregt werden, um der Frage nachzugehen »Was war während des NS in meiner Schule, meinem Ort oder meinem Stadtteil los?«

Die Auseinandersetzung mit der Familiengeschichte bedeutet auch, das Leben und Wirken der Großeltern und Urgroßeltern im Nationalsozialismus kennen zu lernen, und so zu erfahren, welche Tradierungen und Delegationen (z. B. loyal zu den Großeltern zu sein) die eigenen Handlungen dominieren. Eine solche Auseinandersetzung sollte darauf abzielen, Heranwachsende darin zu begleiten, selbstbewusste, kritische und politisch-denkende Erwachsene zu werden. Dem steht jedoch entgegen, dass Lehrkräfte und Sozialpädagogen häufig wegen der eigenen unverarbeiteten NS-Familiengeschichte Schwierigkeiten mit diesem Ansatz haben.

Ansätze zur Intervention

Sind Schule und Sozialarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen konfrontiert, verfügen sie über unterschiedliche Ansatzpunkte zur Intervention. Insbesondere die Jugendsozialarbeit kann Hilfen beim Ausstieg aus der rechten Szene anbieten. Dies können Beratungsangebote im Vorfeld des Ausstiegs sein und dies sowohl für die Jugendlichen selbst, als auch für deren Eltern. Die Voraussetzung hierfür ist, dass der/die Jugendliche die Entscheidung getroffen hat, sich distanzieren zu wollen. Es ist dann auch sicher sinnvoll, den Prozess des Ausstiegs zu begleiten. Diese Hilfe sehen wir als sinnvoll an, weil für es weibliche und auch für männliche Jugendliche schwer ist die Szene zu verlassen, selbst wenn sie nicht mehr mit den Aktivitäten und den politischen Orientierungsmustern der rechten Gruppierung übereinstimmen. Sie müssen mit Drohanrufen, konkreter Verfolgung, bis hin zu Mordanschlägen rechnen, da sie mit ihrem Wissen die Gesamtgruppe gefährden. Ich denke hier beispielsweise an eine junge Frau, die sich von ihrer rechten Clique zurückgezogen hat,

als diese sich zunehmend radikalisierte. Es wurden nicht mehr »nur« Menschen auf der Straße angepöbelt und geschlagen, sondern auch ein konkreter Plan für einen Brandanschlag auf eine Unterkunft für Asylsuchende entwickelt. Sie ging daraufhin nicht mehr zu den Treffpunkten und zog in eine 50 km entfernte Stadt. Trotzdem wurde sie noch monatelang von Jugendlichen aus der Clique angerufen, ihr wurde gedroht, dass sie überfallen und geschlagen werde, wenn über die Gruppe etwas bekannt würde. Durch diese Anrufe entwickelte sie Verfolgungsängste, ging nicht mehr in die Schule und verließ nur selten das Haus. In einem solchen Fall könnte also dahingehend gearbeitet werden, dass sich die Jugendliche nicht nur räumlich distanzieren kann, sondern auch darüber hinausgehend gestärkt wird z.B. durch schützende Wohngruppen. Am Ende der Kette von Hilfsangeboten müsste auch eine Änderung der Identitätsmerkmale, wie Namen etc. für den Fall möglich sein, dass das Leben der Jugendlichen nicht anders geschützt werden kann. Der schon eingesetzte Distanzierungsprozess könnte somit aktiv unterstützt werden, auch im Hinblick auf neue Orientierungs- und Handlungsmuster.

Zwischenfazit

Zusammenfassend sehen wir vor allem zwei Zugangswege als mögliche Ansatzpunkte für Schule und Sozialarbeit und zwar einmal im Vorfeld – also vor dem Abtriften in die Szene in Form von Präventionsarbeit oder wenn eine Loslösung von der Szene beginnt – also in Form von Ausstiegshilfen. In der Zeit dazwischen ist es oft nur noch möglich beratend mit den Eltern zu arbeiten, die Jugendlichen können hier nicht mehr erreicht werden.

Wenn rechtsextreme Jugendliche ideologisch gefestigt und rhetorisch geschult sind, stoßen pädagogische Ansätze schnell an Grenzen. Wenn Mädchen oder Jungen entschieden rechtsextrem sind, können Schule und Sozialarbeit nicht mehr viel tun. Wenn man sich dafür entscheidet, hier zu intervenieren, ist dieses mit hohem Aufwand verbunden. Wer sich auf diesen intensiven Prozess der Auseinandersetzung einlässt, sollte bedenken, dass Rechtsextremismus nicht einfach nur eine unbedeutende Spielart und Phase im Leben darstellt, die ungefährlich ist und sich von selbst erledigt, sondern, dass dahinter sehr vielschichtige und lebenslang aufgebaute Dynamiken stehen. D.h. es ist nicht zufällig, wenn sich eine junge Frau der rechtsextremen Szene zuwendet, schon gar nicht wenn sie darin über einen längeren Zeitraum verbleibt. Den Hintergrund der Verortung in der rechtsextremen Szene bildet ein wechselseitiges Zusammenwirken schwieriger biographischer Erlebnisse, »unbearbeiteter« familiengeschichtlicher Themen und stützender sozialer und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen, die sich in einem lebenslangen Prozess entwickeln. Die von Mädchen und jungen Frauen exponiert vertretenen und ausgelebten

rechtsextrem orientierten Handlungs- und Orientierungsmuster sind auch nicht irgendwelche, sondern sie sind eng mit Ereignissen aus der Familienvergangenheit und Erfahrungen im eigenen Leben verbunden. Wenn also das Ziel eines Projektes sein soll, Mädchen und junge Frauen aus der rechten Szene herauszuholen, so ist zunächst einmal wichtig, in diesem konkreten Fall zu verstehen, welche Ursachen bei dieser jungen Frau dazu geführt haben, dass sie rechts wurde. Wir sprechen hier einen ›Verstehensprozess‹ an, wie er im Sinne der ›Dialogischen Biographiearbeit‹ entwickelt wurde. Es geht darum, sich fallbezogen auf die Biographie der einzelnen Jugendlichen einzulassen, um zu einem tieferen Verständnis von der jeweiligen Fallgeschichte zu kommen, um daraus ableitend in einem dialogischen Prozess Angebote zu entwickeln. Für besonders wichtig halten wir, dass dieser Prozess intensiv durch Supervision begleitet wird, um die nötige Distanz halten zu können. D.h. wenn das Ziel ist, diese jungen Frauen aus der Szene herauszuholen, gilt es die Dynamiken zu verstehen, die hinter der rechtsextremen Orientierung stehen und dann in einem langwierigen Prozess sich immer wieder verändernde fallbezogene abgestimmte Angebote zu entwickeln. Und dennoch sind die Chancen sehr gering, dieses Ziel zu erreichen, viel stärker ist dies mit Gefahren verbunden, dass wir als Helfende stützend wirken.

Geschlechtsspezifische Ansatzpunkte

.....
Wie unsere Ausführungen zeigen, sehen wir weniger die Notwendigkeit, geschlechtsspezifische Maßnahmen für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus von Mädchen und jungen Frauen in Schule und Jugendarbeit zu entwickeln.

► Die zentrale Herausforderung an einen geschlechtsbewussten Umgang ist unserer Meinung nach, die politischen Einstellungen und Aktivitäten von Mädchen und Frauen überhaupt wahr- und ernst zu nehmen.

Das zentrale Problem ist – und dies gilt sowohl für Schule als auch für die Sozialarbeit: Mädchen und junge Frauen werden als ›unpolitisch‹ betrachtet. Die Folgen davon sind: Der politische Hintergrund der Aktivitäten von Rechtsextremistinnen bleibt oft unbemerkt.

Wir können sogar noch einen Schritt weiter gehen: Mädchen und Frauen wird seltener überhaupt eine politische Positionierung – und noch viel seltener eine Rechtsextreme – zugetraut. Und dies in allen nur erdenklichen Kontexten pä-

dagogischen Miteinanders: Lehrerinnen, SozialarbeiterInnen in Jugendzentren, TeamerInnen von bspw. gewerkschaftlichen Seminaren und Fortbildungen usw. gehen davon aus, dass sich gerade in ihren Gruppen keine Rechtsextremistinnen finden. Und dies obwohl sie mittlerweile überall auftauchen – wie bspw. vor Kurzem bei der Fortbildung einer Kollegin zur homöopathischen Behandlung, bei der einige rechte Aktivistinnen anwesend waren. Die Folge davon ist, dass auch keine politische Motivation hinter den Handlungen von Mädchen und Frauen vermutet wird. Die Aktivitäten von Rechtsextremistinnen bleiben dadurch unsichtbarer und damit auch unkontrollierter.

Schule und Sozialarbeit reagieren häufig erst dann auf rechtsextreme Erscheinungsformen, wenn diese unübersehbar sind. Die Notwendigkeit zur Intervention wird erst bei gewalttätigen Übergriffen eingestanden, wobei hier im Hinblick auf die Beteiligung von Mädchen oft ein doppeltes Wegschauen festzustellen ist: Zum einen wird die Beteiligung von Mädchen an Gewalttaten häufig ausgeblendet, zum anderen wird Gewaltanwendung mit rechtsextremen Hintergrund durch Mädchen selten ein politischer Hintergrund eingeräumt. Das zeigt sich insbesondere im Bereich von Straf- und Gewalttaten: Von Mädchen und jungen Frauen begangene Straftaten und gewalttätige Übergriffe werden selten geahndet. Ihre Beteiligung an solchen Taten wird ›bagatellisiert und verläuft – wenn überhaupt wahrgenommen und verfolgt – oft im Sande. Die Ursache dafür ist das in der Öffentlichkeit weit verbreitete Bild der ›friedfertigen‹ Frau, d.h. Mädchen und Frauen werden oft nicht als Täterinnen wahrgenommen und dies schließt auch die Polizei und die Justiz, aber auch JournalistInnen, die über Taten berichten, mit ein. Hinzu kommt, dass in der Öffentlichkeit das Problembewusstsein für die Beteiligung von Mädchen oder Frauen noch kaum ausgeprägt ist. Da die Straf- und vor allem die Gewalttaten von Mädchen und jungen Frauen gerade auch von Verfolgungsbehörden seltener wahrgenommen werden, bleiben sie weitgehend ohne Konsequenzen, d.h. die Mädchen erleben keine Konsequenzen auf ihr ungesetzliches Handeln. Die Folge davon ist, dass Mädchen und Frauen auch nicht gezwungen werden ein Unrechtsbewusstsein gegenüber ihrem Handeln und gegenüber den Opfern zu entwickeln.

Die rechtsextrem orientierte Szene setzt das Wissen darüber, dass bei Mädchen und Frauen weniger ein politisches Handlungsmotiv vermutet wird, mittlerweile strategisch für ihre Zwecke ein. So übernehmen es häufig weibliche Aktivistinnen, Räume für Veranstaltungen und Konzerte anzumieten, Demonstrationen anzumelden, Internetportale einzurichten, Vereine in Vereinsregister eintragen zu lassen, Konten zu eröffnen und vieles mehr. Sie über-



nehmen somit all jene Aufgaben, bei denen der politische Hintergrund zunächst im Verborgenen bleiben soll, damit die Aktivitäten durch die Öffentlichkeit nicht verhindert werden.

In stationären Maßnahmen der öffentlichen Erziehung, wie Jugendheimen, Jugendwohngruppen etc. gelingt es den Mädchen und jungen Frauen so leichter, entweder ihre politischen Orientierungs- und Handlungsmuster in diesen Einrichtungen zu verbergen, oder ihre politischen Haltungen scheinen in den Einrichtungen weitgehend ignoriert zu werden.

Da jungen Frauen zugeschrieben wird, dass sie »unpolitisch« sind, gelingt es denjenigen, die ihre rechte Positionierung in solchen Einrichtungen ausleben, sehr leicht, ihre politische Orientierung geheim zu halten. Daneben gibt es jedoch viele Fälle, in denen die jungen Frauen mit ihrer politischen Verortung weit weniger hinter den Berg halten und es für BetreuerInnen zumindest möglich wäre, dem auf die Spur zu kommen. So konnte ich den Gesprächen mit jungen Rechtsextremistinnen entnehmen, dass sie Szenematerial und Bücher offen in ihren Zimmern liegen lassen konnten, sie mit ihren rechten Bands in Räumen der Jugendheime üben konnten, Außenwohngruppen zu Treffpunkten rechter Kameradschaften wurden – ohne dass dies von Seiten der Betreuenden angemahnt oder in manchen Fällen überhaupt wahrgenommen wurde. In einem Fall ging dies sogar soweit, dass eine Wohngruppe ihre Zustimmung für Filmaufnahmen in ihrer Einrichtung gab. Es handelte sich dabei um eine Fernsehdokumentation in der die junge Frau als Landessprecherin einer rechtsextremen Partei vorgestellt wurde. Ich konnte feststellen, dass dieser Umgang bei Mädchen und jungen Frauen dazu führt, dass sie in den Phasen ihres Lebens, in denen sie in öffentlichen Einrichtungen untergebracht waren, ihre rechtsextrem orientierten Aktivitäten ausweiteten und sich ihre rechtsextrem ideologische Orientierung deutlich festigte.